

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 159.

Freitag, den 11. Juli 1919.

17. Jahrgang.

„Die Wunde des Friedens soll nie vernarben!“

Tageschau.

In der Nationalversammlung wurde die erste Lesung der Steuervorlagen zu Ende geführt. Nachdem die Redner der Rechtsparteien und der Unabhängigen die Stellungnahme ihrer Parteien vorgetragen hatten, wurden die zehn Steuervorlagen an drei Ausschüsse, von denen jeder 28 Mitglieder zählt, verwiesen, die ihre Tätigkeit bereits heute vormittag aufnehmen sollen.

In der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf betreffend Ratifikation des Friedensvertrages in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

Die Aufhebung der Blockade ist für Sonnabend in Aussicht genommen.

Der englische Arbeitsminister Barnes ist für den Posten eines Gesandten in Berlin in Aussicht genommen.

Als Termin für die Aushandlung des Friedensvertrages an die Dekretierer wird der kommende Freitag genannt.

In einer Note an die Friedenskonferenz stellt Norwegen gewisse Ersatzansprüche.

Wilson ist in New York eingetroffen.

Die preussische Landesversammlung erledigte den Handels- und Gewerbeetat und Anträge betr. Abbau der Zwangswirtschaft.

Die deutsche Regierung hält in einer Note an Clemenceau die Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit den Polen zur Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten für unerlässlich.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

51. Sitzung, Mittwoch, den 9. Juli 1919, 10 Uhr.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Regierungstische Bauer, Müller, Erzberger, Noske, Bell, Schmidt; David; Preussischer Ministerpräsident Girsch, Seine, Bayerischer Gesandter Dr. Präger, Deutsch-österreichischer Gesandter Dr. Hartmann.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung erst um 10 Uhr 45 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ratifikation des Friedensvertrages. Der Präsident teilt mit, daß von der deutsch-nationalen Volkspartei folgende Entschließung vorgelegt worden ist: Die gesetzgebende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt: 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts von Auf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeklagter Verbrechen gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angebrocht gewesene Strafen zu erkennen. 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Unterfuchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.

Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten Müller: Zum Friedensvertrag selbst haben sie und wir Stellung genommen. Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diesen Vertrag gewordenen Bergewaltigung (lebhafter Beifall). Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zustimmung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Wir müssen ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten hineintreten. Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem Marck durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation. Wir haben sie zufolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Neben der Gewißheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die Hoffnung auf Rückkehr unserer Kriegsgefangenen. Wenn das Wort „Frieden“ nicht jeden Ein verklären soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen (lebhafter Beifall). Es sind in weitgehendem Maße Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat auf raschestem Wege zu ermöglichen und es sind darüber hinas auch alle Vorkehrungen getroffen, ihnen mit der Rückkehr auch Arbeit, Beruf und Verdienst zu sichern (lebhafter Beifall). Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegenwärtigen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, dann haben wir ein zerstückeltes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der unzerstörte Teil nach Sitten und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Unglück zu verhindern, wie wir auch glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergehen und unser gemeinsames Leben nie vergehen werden. In der schweren Leidenszeit soll das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit was bleiben, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bund der Völker alle kritischen nationalen Probleme eine gerechte, das heißt den Willen der Völker achtende Lösung finden (lebhafter Beifall).

Abg. Krätzig (Soz.): Wir stimmen der Ratifikation zu, aus denselben Gründen, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen. Unzerstörbar bleibt das Bündnis mit Österreich und die Hoffnung

Vom Schmachfrieden.

Artikel 200.

„Bis zur vollständigen Räumung deutschen Gebietes durch die alliierten und assoziierten Truppen haben die Luftstreitkräfte der alliierten u. assoziierten Regierungen in Deutschland das Recht des Ueberfliegens, der Durchfahrt und des Landens.“

An eine vollständige Räumung ist vor fünfzehn Jahren nicht zu denken, so lange kann ganz Deutschland, nicht etwa nur das besetzte Gebiet, des Besuchs feindlicher Luftstreitkräfte gewärtig sein.

Und dazu

Artikel 198.

„Die bewaffnete Macht Deutschlands darf keine Land- oder Marine-Luftstreitkräfte umfassen.“
Selbstverständlich auch keine Ballon-Abwehr-Kanonen.

daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in einem Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme unserer Kolonien.

Abg. Dr. Spahn (Zentrum): Der Friedensvertrag mutet uns ein wahrheitswidriges Schuldbekenntnis zu, fordert die Auslieferung deutscher Männer gegen unser Gefühl und unsere Rechte, nimmt uns deutsches Land in West und Ost und raubt uns alle unsere mit deutschem Gut und Blut entwickelten Kolonien und fügt diesem Raub noch den Vorwand und Schimpf kolonialistischer Unfähigkeit zu.

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) fortfahrend: Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu. Es geschieht nicht aus freiem Willen und innerer Ueberzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwang der Tatsache, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten. Eine baldige Revision ist eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Schilling (Demokrat): Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann. Sie überläßt vielmehr diese Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 27. Juni die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen.

Abg. Traub (Deutschnationale Volkspartei): Einmütig hat die deutschnationale Fraktion beschlossen, der Ratifikation des vorliegenden Friedensvertrages zu widersprechen. Nur für den Fall, daß die Mehrheit dieses Hauses sich für die Ratifizierung entscheidet, haben wir unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Friede unterzeichnet worden ist, einen letzten Versuch gemacht, einen Appell an das Weltgewissen zu richten. Der Vertrag ist unerküßbar, das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Die Wunde die dieses Friedensschlusses wird nie vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts. Auch auf den Tribünen ertönt lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Präsident Fehrenbach: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an Beifallsbekundungen zu beteiligen. (Rufe bei den Unabhängigen: Bestellte Arbeit.) Im Falle der Wiederholung werde ich die Tribünen räumen lassen (Große Unruhe).

Abg. Dr. Kohl (Deutsche Volkspartei): Die Deutsche Volkspartei erklärt in Uebereinstimmung mit ihrer Haltung in den Sitzungen der Nationalversammlung vom 22. und 23. Juni, daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag. (Beifall und Händeklatschen).

Abg. Henke (U. Soz.): Wir stimmen dem Friedensvertrag zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Rückkehr der Gefangenen.

Abg. Winnig (Soz.) legt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens zugleich im Namen der von ihm vertretenen Bevölkerung in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens.

Abg. Adolf Allekotte (Zentrum): legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebietsteile Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht.

Desgleichen der Abgeordnete Waldstein (Demokrat) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

Präsident Fehrenbach: Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Esack-Vorbringen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Schiffer (Demokrat) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir innerhalb der Fraktionen zu her überraschenden Entschliebung der Deutschnationalen Stellung nehmen. (Zustimmung.)

Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlag des Abgeordneten Schiffer und beiräumt die nächste Sitzung auf 12½ Uhr an.

Das Haus geht zur zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschliebung umgeändert zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst.

Abg. Schiffer (Demokrat): Wir werden gegen den Antrag stimmen. Ich bedauere, daß er überhaupt eingebracht worden ist. Offenbar verbindet die Partei des Herrn Schulz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. Stürmischer Widerspruch und Pfuirufe rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnational): Unser Antrag ist der letzte Schrei eines Volkes nach Gerechtigkeit, eines Volkes, das zum Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Zeit der Vorbehalte ist vorbei. Heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Antrage sehen, nichts weiter als ein letztes Manöver, eine letzte Schiebung. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Nur mit loyalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen. Aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Löwe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern die ganze Rede des Abgeordneten Traub widerspricht der Würde dieser Stunde.

Abg. Dr. Delbrück (Deutschnational): Der Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Der Antrag Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihre Parteiinteressen verfolgen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Aenderung.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus sogleich in die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt. Auf Antrag des Abgeordneten Richter-Distpreußen (Deutschnational) erfolgt namentliche Abstimmung. Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete, 208 mit Ja, 115 mit Nein. Damit ist das Gesetz angenommen.

Die Nachmittagsitzung eröffnet Präsident Fehrenbach um 3,25 Uhr.

Aus der Rede Traubs.

Abg. D. Traub (Deutschnational): ... Die Unterzeichnung des Friedensvertrages begräbt viele Illusionen. Die Illusion des Internationalismus ist zerbrochen. Am 28. Januar 1919 hat Senator Harding im amerikanischen Senat erklärt: „Laßt uns doch mit der alten Leier aufhören, daß wir für die Demokratie kämpfen, und laßt uns eingehen, daß wir für amerikanische Interessen kämpfen.“ Manche deutsche Sozialisten selbst haben in diesem Kriege die Illusion von der internationalen Solidarität des Proletariats eingesehen. Die Einbildung, als ob durch die Revolution ein günstigerer Friede erreicht werden könnte, hat sich für uns und kommende Geschlechter als Wahn erwiesen. Stunden Hindenburg und seine Heersführer noch an der Spitze einer sogar überwundenen Armee, die sich aber nicht selbst entwaffnet hätte — nie hätte der Feind gewagt, uns solche Bedingungen aufzulegen. Man hat uns versichert, daß zwischen der einheitlichen Meinung der Friedensdelegation und ihren Sachverständigen und zwischen der heimischen Regierung über das „Unannehmbar“ kein Unterschied bestehe. Dann berichteten zuerst französische Zeitungen von der gegenteiligen Stellung Herrn Erzbergers. Sie haben recht behalten, und wir sind um eine Enttäuschung reicher. Wehrlos gaben wir uns in die Hände der Feinde. Bei jeder kleinsten Nichterfüllung einer der tausend feindlichen Bedingungen können neue Schrecken über uns kommen, vor denen man sich durch die Annahme des Friedens zu sichern vorgab. Die Souveränität unseres Staates ist preisgegeben. Jetzt kann man uns alles bieten. Die Unterzeichnung des Friedens wurde besonders mit dem Wunsch gerechtfertigt, daß das deutsche Volk möglichst rasch in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Nun legt Clemenceau gleichzeitig mit diesem Friedensvertrage Aufschreiben des englisch-französischen und des amerikanisch-französischen Bündnisses auf den Tisch. Wann gehen dem deutschen Volke die Augen auf? Jede dieser Illusionen kostet uns ein Stück unseres Lebens. Sie sind unsere Totengräber. Was war die Dichtung auf die Friedensunterzeichnung? Man hat die Einreise-Erlaubnis ins Rheinland erschwert, man hat die eilige Errichtung eines Strafgerichtshofes für unseren Kaiser in London knubgegeben. Hätten wir den Friedensvertrag abgelehnt, es könnte nicht schlimmer sein. Man sagt, der Vertrag sei unerfüllbar. Das ist die Wahrheit. Wir werden es immer wiederholen. Nur hätte sich das deutsche Volk vor der neuen Illusion, als ob auch der Feind diesen Frieden für unerfüllbar halten würde. Clemenceau sagt: „Wir wollen diesen Frieden, wie wir den Krieg gewollt haben; wir wollen ihn mit einem härteren Willen, den nichts zum Wanken bringen soll. Wir werden diesen Frieden zur Ausführung bringen, wie wir den Krieg geführt haben, ohne Schwäche, ohne theatralischen Hochmut, mit dem unabänderlichen Entschluß, unserer großen Toten würdig zu bleiben.“

Solche Worte als Stachel im Herzen, legen wir im Namen unserer deutschnationalen Fraktion feierlich vor aller Welt Rechtsverwahrung gegen diesen Frieden ein. Wir werden den Feinden nichts vergeben. Das Münster in Straßburg und die Kaiserpfalz in Posen bleiben deutsch, deutsch, „Schleswig-Holstein meczum-schlungen“ kann so wenig von uns losgerissen werden als der älteste deutsche Boden Schlesiens; Danzig, Memel und Gupen gehören zu uns, wir nehmen keinen Abschied. Unsere Brüder und Schwestern an der Saar und an der Memel sollen den Glauben an deutsche Zukunft nicht wegwerfen. Unsere Kinder und Kindeskiner sollen in der Schule lernen echte deutsche Art, deutschen Geist und deutsche Geschichte. Von Coronel und Etgarat, Kautschon und den Stätten Ostafrikas, von dem Ruhme unserer Heere, ihrer Offiziere und Mannschaften. Von den Laten unserer Toten wollen wir nicht müde werden, den kommenden Geschlechtern zu künden. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Der Herr des Rechts stehe uns in Gnaden bei!

Und sollte man es wagen, die Hand an die besten Führer unseres Volkes zu legen, dann sagen wir: Hand weg! Die Herzlosigkeit eines geknechteten Volkes ist die höchste Berechtigung. Alles hat seine Grenze, die Ehre ist kein leerer Name, die Ehre ist alles. Die deutsche Nationalversammlung, berufen als freie Männer und freie Frauen wäre wert, weggesetzt zu werden, wenn sie diese Ehre des deutschen Volkes nicht schützen könnte bis zum äußersten.

Clemenceau sprach zu Paris: „Im Jahre 1871 mußte ich mit eigenen Augen und mit zerrissenem Herzen Zeuge des Unglücks sein, das so schrecklich hereinbrach, daß die Wunden nie vernarben konnten.“ Wir schauen heute unser unvergleichlich viel größeres Unglück und geloben dasselbe: „Die Wunden dieses Friedensschlusses kann nie vernarben, sie soll nie vernarben.“

Weimar, 10. Juli.

Nach Erteilung der Genehmigung der Nationalversammlung zur Ratifikation hat Reichspräsident Ebert unsere Vertretung in Versailles von der Tatsache benachrichtigt, daß Staatenausschuß und Nationalversammlung die Genehmigung zur Ratifikation gegeben hätten. Gleichzeitig ist der Inhalt der Ratifikationsurkunde nach Paris übermittelt worden, damit die Entente davon in Kenntnis gesetzt wird und die Forderungen des Friedensvertrages — Aufhebung der Blockade, Herausgabe unserer Kriegsgefangenen — so schnell wie möglich in die Wege geleitet werden können. Die Urkunde ist im Laufe des Nachmittags vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet worden und ging gegen Abend mit einem Kurier nach Paris ab.

Der Kampf um die „Planwirtschaft.“

Weimar, 10. Juli.

Reichswirtschaftsminister Wissel will seine Entscheidung über seinen Rücktritt oder sein Verbleiben im Amt von dem Ergebnis der sozialdemokratischen Fraktionsstimmung abhängig machen, die heute zur Frage der Planwirtschaft Stellung nehmen wird. Bei der Namensnennung über seine Nachfolger wird von einer Zusammenlegung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums gesprochen. Daher wird Arbeitsminister Schild an erster Stelle als Kandidat genannt. Der „Vorwärts“ bestreitet entschieden die anderweitigen Meldungen von einem Scheitern der Wisselschen Planwirtschaft. Das Kabinett denke nicht daran, das von der liberalen Presse geforderte freie Spiel der Wirtschaftsträfte eintreten zu lassen. Es sei anzunehmen, daß es gelingen wird, die Wisselsche Planwirtschaft im großen und ganzen zu erhalten und eine Mittellinie zwischen den verschiedenen Auffassungen zu ziehen.

Kein Austausch von Gefangenen und Zivilarbeitern.

Weimar, 10. Juli.

Gegenüber einer von einer anderen Seite verbreiteten Meldung, daß die Rückkehr der Gefangenen Zug um Zug gegen deutsche Zivilarbeiter erfolge, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß es nicht angängig sei, die Bereitstellung von Arbeitskräften für das zerstörte Gebiet in irgend einer Weise in Zusammenhang mit der Rückbeförderung der Gefangenen zu bringen. Diese habe vielmehr nach § 214 des Friedensvertrages ohne weiteres zu erfolgen.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

In einem Telegramm über die Streiklage und Unruhen in Italien berichtet der römische Korrespondent des Daily Herald u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Aufständischen anzugreifen. In Perugia, Viterbo, Viterbo, Terni, Pistoja, Pisa, Verona, Bergamo und Jesi wurde der Generalfreie erklärt. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung sich auf die größten Städte des Landes verplante. Sie hat die Präfecten beauftragt, die Presse um 50% herabzusetzen, aber diese Maßregel scheint nicht zu genügen, um diese Aufregung zu dämpfen. Die Ladenbesitzer trachten, ihre Vorräte dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie sie unter den Schutz der Arbeiterkommissionen stellen. Ueberall bestehen Arbeiterräte, die von der Regierung gebildet werden. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichen ein Manifest, in dem sie zur Ruhe mahnen. Der Ministerrat tagt fast dauernd. Aus Palermo vom Sonnabend meldet der Korrespondent, daß dort der Generalfreie ausgerufen wurde. 100000 Arbeiter zogen unter Rufen „Nieder mit den hohen Preisen!“ durch die Straßen und zerrümpelten die Anhängelschilder der Geschäfte. Es kam zu scharfen Zusammenstößen mit den Truppen.

Die ausländischen Journalisten und die polnische Presse.

Jetzt haben die ausländischen Journalisten, welche vor Kurzem den Osten bereisten, um sich ein Bild von den Verhältnissen in der Ostmark durch eigene Anschauung zu erwerben, ihre Eindrücke in den Zeitungen veröffentlicht. Die polnische Presse überlagert sich förmlich in mißtönenden Ausfällen über diese Berichte, die so grausam deutlich die polnischen Behauptungen widerlegen. In dem liebenswürdigen Ton, in dem die polnische Presse alles ihr nicht Zusagende zu behandeln pflegt, bezeichnet der „Weltgrym“ vom 14. u. 19. die Berichte als „unzulängliche Sachen“ und „Dummheiten“, weil die Journalisten die Sache so darstellen, „als ob es in Westpreußen überhaupt keine Polen gäbe“. Das Blatt entwirft sich selbst die Frage aufzuwerfen, ob die Journalisten sich durch die „Sakatisten“ haben bestechen lassen. — Es ist immer wieder das alte Lied: Wenn die Polen sich geschlagen sehen, fangen sie an zu schimpfen und zu schreien. Jetzt wo ihre ganze Verlogenheit von doch gewiß uns Deutschen nicht günstig gesonnenen intelligenten Personen festgestellt ist, greifen sie wieder zu diesem letzten Mittel, um ihre Blamage zu verbergen; damit nicht genug, wagen sie es, die ausländischen Herren in der gemeinsten Weise in den Schmutz zu ziehen.

Codex bolschewisticus.

In der „Saarbrücker Zeitung“ vom 20. Juni finden wir folgende den bolschewistischen Grundsätzen entsprechende, von M. Berger zusammengestellte Forderungen und Maximen:

1. Heimatschutz ist ein Verbrechen gegen das ausländische Proletariat.
2. In Standes- und Gewissensfragen entscheidet der Ehrenrat der Delegation in letzter Instanz.
3. Bei verantwortlichen Vernehmungen von Angeklagten ist die Frage ins Protokoll aufzunehmen: „Offizier gewesen oder sonstwie vorbestraft?“
4. Massendemonstrationen haben nur wochentags zu erfolgen. Sonntags ist so wie so frei.
5. An jeder Universität ist eine ordentliche Professur zur Entdeckung neuer Streikgründe zu errichten. Ueber die Reihenfolge der Streiks entscheidet, um unlautere Konkurrenz in der Sympathie des Publikums zu vermeiden, ein Staatskommissar. Seine Bestellung erfolgt in Rubelschein.
6. Deutschen Bürgern bleibt das Recht, weiter wie bisher die Faust in der Tasche zu halten, ausdrücklich garantiert.
7. Der Kapitalismus wird beseitigt. Um diesen Prozeß zu fördern, wird auch weiter reichliches Kapital zur Fortführung bolschewistischer Zeitungen gesucht.

8. Beim Einwecken der „Früchte der Revolution“ entscheidet allein der Geschmack der Minderheit.

9. Heinrich v. Kleist wird als deutscher Klassiker abgesetzt. Eine Aufführung der „Hermannschlacht“ wird als Beweis der Gegenrevolution bestraft werden. Vom „Prinz von Homburg“ darf die Szene gegeben werden, in der der Offizier Todesurteil zeigt.

10. In allen Schulausgaben der „Jungfrau von Orléans“ ist die Stelle von der „nichtswürdigen Nation“ als überholt zu streichen.

Ein deutschnationaler Vorstoß.

Aus dem Weimarer Verfassungsausschuß schreibt man uns:

Immer deutlicher wird die Arbeit der Feinde Preußens, den Staat Hohenzollern zu zerrüttern. Man will ein eigenes Rheinland, ein eigenes Hannover, ein eigenes Schleswig, ein eigenes Oberschlesien — man weiß, daß von Vatoki auch schon den Gedanken der Vollendung Dispreußens in die Öffentlichkeit geworfen hat. Gotha treunt sich von Coburg. Wohl will alles im Deutschen Reich verbleiben: wie aber soll es dann noch einen durchgreifenden Einheitswillen geben! Eine Landkarte künftighin wie die von 1648 ist offenbar der Wille vieler unserer Feinde.

Ein Antrag Groeber zu dem zurückgestellten Artikel 18 will die Trennung von Preußens Körper erleichtern; kein Verfassungsgesetz, sondern nur ein einfaches Gesetz soll nötig sein, um Preußen zu zerschlagen.

Der fragliche 2. Absatz des Artikels lautet:

„Die Neubildung von Ländern oder die Aenderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtretung von Gebieten setzt die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt.“

Der von den Demokraten Heile, Schüding und Schulze-Gavernitz gebilligte Zentrumsantrag, im gesperrten Satz das Wort „verfassungsänderndes Reichsgesetz“ zu streichen, hat die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung zum Gegenschlag veranlaßt; sie fordert, daß der obige gesperrte Satz gestrichen, eine Zerspaltung Preußens gegen seinen Willen also verhindert werde.

In diesem Sinne wird hart gekämpft; das preussische Kabinett war Sonnabend mit den zu ihm stehenden Parteiführern im Sinne der Erhaltung Preußens in Weimar tätig.

Der deutschnationale Antrag geht aber noch weiter. Er faßt auch klar die Möglichkeit ins Auge, daß die von Trimborn geführte Bewegung auf Preußens Zerspaltung sieghaft werde.

Sollte es nicht möglich sein, dem in der werdenden Verfassung durch Artikel 18 einen Niegel vorzulegen, sollte also der deutschnationale Antrag auf Streichung des oben gesperrt gedruckten Satzes keine Mehrheit finden, so fordert der genannte deutschnationale Antrag Nr. 490, der an erster Stelle von den Abgeordneten D. Graf von Poladomsky und D. Mumm unterzeichnet ist, die Rückverweisung des ganzen Verfassungsentwurfes an den Ausschuh behufs Durchführung des Einheitsstaates.

Der politische Sinn dieses am 5. Juli in der deutschnationalen Fraktion beschlossenen Vorstoßes ist klar.

Wir deutschnationalen wünschen Preußen zu erhalten, wenn es erhalten werden kann. Ehe wir aber von Preußens zuckendem Leibe die Rheinlande und Hannover reißen lassen, eher gehen wir zum Gedanken des Einheitsstaates über.

Es kann also wohl sein, daß von der Rechten ein unitarischer Trupp zu den Unitariern der Linken stößt. Wenn man bedenkt, wie stark in Weimar der unitarische Gedanke — bis in die Reihen des Zentrums hinein — ist, so kann man einen Sieg des Einheitsstaates nicht für ausgeschlossen halten. Er liegt in der Richtung der Anschauungsänderungen.

Mit der Friedenratifikation ist die Gesamtlage eben eine andere geworden. Das Gespenst der Mainlinie verblaßt. Wohin denn sollen diejenigen Bayern, die den Einheitsstaat bekämpfen, sich wenden? Und klar ist doch, daß auch der Einheitsstaat die Eigenart der Stämme achtet und den deutschen Gauen weitgehende Selbstverwaltungsrechte läßt, wie auch Preußen seinen Provinzen solche geben will.

Es war für viele Deutschnationale ein herber Entschluß. Aber wir bedürfen klarer Linien, die jeder erkennt: Wir wollen Preußen erhalten. Ehe aber wir in die Zerschlagung Preußens und in die danach folgende Kleinstaaterei samt Rheinbundland willigen, entschließen wir uns zum Einheitsstaat.

Die Senkung der Lebensmittelpreise.

Gr. Um den Forderungen der Eisenbahnbeamten nach Aufbesserung ihrer Lebensverhältnisse entgegenzukommen und damit die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks mit seinen vernichtenden Folgen für unser Wirtschaftsleben abzuwenden, hatte die Reichsregierung beschlossen, mit einem Aufwand von 1 1/2 Milliarden Mark für die gesamte Bevölkerung eine Verbilligung der notwendigen ausländischen Lebensmittel vorzunehmen, und zwar für die Dauer von drei Monaten.

Dieser Entschluß muß die aller schwersten Bedenken hervorrufen, einmal deswegen, weil es sich nur um eine Maßnahme von übergewöhnlicher Wirkung handelt, die keineswegs geeignet ist, auf natürlichem Wege und für die Dauer eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, dann aber auch, weil sie die Eisenbahner geradezu heranzuredert, bei nächster Gelegenheit von neuem mit dem Generalstreik zu drohen und so abermals und immer wieder von der Regierung ähnliche Zugeständnisse zu erpressen.

Gerade die Tatsache, daß die gesamte Bevölkerung an der den Eisenbahnern zugehenden unangenehm teilnimmt, bringt — so angenehm sie im Augenblick natürlich von der Mehrzahl unseres Volkes empfunden wird — doch die große Gefahr mit sich, daß die Gesamtheit, anstatt sich geschlossen hinter die Regierung in ihrem Kampf gegen die Erpresserpolitik einzeln für das wirtschaftliche Leben ausschlaggebender Berufsklassen zu wenden, diese vielmehr unterstützt, weil davon eben auch für die Allgemeinheit ein Augenblicksvorteil abfällt. So ist leider überhaupt nicht abzusehen, wann einmal ein Ende dieser ständigen, schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens und damit endlich auch die ausreichende Ernährung unseres Volkes zu erschwinglichen Preisen kommen wird.

Dem wer da glaubt, daß mit der von der Regierung vorgenommenen künstlichen Verbilligung der Lebenshaltung für drei Monate ganz von selbst ein allgemeiner Abfall der Preise stattfinden wird, der befindet sich im größten Irrtum. Selbst mit diesem ungeheuerlichen Opfer am deutschen Volksvermögen zu einer Zeit, wo wir dicht vorm Staatsbankrott stehen und also alle Veranlassung haben,

mit den uns noch verbliebenen Mitteln auf sparstamme zu wirtschaften, wird es nicht gelingen, dies Ziel zu erreichen, wenn nicht Hand in Hand mit dieser künstlichen Preislenkung auch Maßnahmen erfolgen, die auf natürlichem Wege eine Gesundung unseres wirtschaftlichen Lebens ermöglichen. Dieser Weg ist aber einzig und allein — immer wieder nur kann es ausgesprochen werden — die schnellste Deckung unserer Grenzen und Wiedereinsetzung des freien Handels, natürlich unter Beachtung der zunächst noch gebotenen Beschränkung auf die für unsere Ernährung und Wiederaufnahme der Produktion notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe. Nur das freie Angebot von Waren durch Wiedereinsetzung des Weltmarktes, wo Vorräte in übersichtlichen Mengen des Absatzes harrend liegen, vermag die durch jahrelange Absperrung vom Ausland so maßlos gestiegenen Preise auf unserem Inlandsmarkt zu senken.

Es gehört der ganze halskarrige Doktrinarismus der Leiter unserer Wirtschaftspolitik dazu, um sich dieser Erkenntnis zu verschließen, die auf der Hand liegt. Von den Fachorganisationen des Handels ist die Regierung oft und dringend genug darauf hingewiesen worden, daß im Ausland Ware in Fülle bereit liegt und Angebote vorhanden sind, diese Ware dem deutschen Handel gegen Erstattung eines privaten Kredits von längerer Frist zur Verfügung zu stellen, so daß also die Hoffnung auf inzwischen eintretende günstigere Salutaverhältnisse den Verkauf dieser Ware im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem erschwinglichen und jedenfalls den augenblicklichen Wucherpreisen gegenüber sehr ermäßigten Preise ermöglichen würde — vergebens. Mit der „kapitalistischen“ Wirtschaftsreform soll und muß ja unter allen Umständen aufgeräumt werden, wenn das Volk auch unverändert weiter hungert und mangels Einfuhr an Rohstoffen unsere Industrie zum größten Teil still liegt und Millionen von Arbeitern feiern müssen. Das sozialistische Prinzip über alles!

Es bleibt nach allem nur noch eine Hoffnung, nämlich die, daß die Arbeiterklasse in ihrer breiten Masse endlich einsieht, daß die Wiedereinsetzung des freien Handels nicht eine eigensüchtige Forderung „kapitalistischer“ Kreise ist, sondern auch in ihrem allerersten Interesse liegt und der einzige Weg ist, der ihr auf die Dauer Brot zu erschwinglichen Preisen wie ausreichende Arbeit gibt.

Joffres Beständnis.

Der englisch-französische Geheimbund.

Die Mitwirkung der belgischen Armee von der Entente planmäßig vorgesehen.

Aus Paris wird gemeldet: Marshall Joffre erwidert vor dem parlamentarischen Ausschuh, der eine Untersuchung über die Verteidigung des Beckens von Brien veranstaltet, der Marshall verlas ein Schriftstück, in dem er die militärischen Vorbereitungen, die zu Beginn des Krieges und vor dem Kriege getroffen wurden, des näheren auseinandersetzt. Bemerkenswert ist, daß Joffre erklärte, die Beteiligung Englands am Kriege sei vorausgesehen gewesen. Es habe eine Militärkonvention mit England bestanden, von demom aber nicht gesprochen werden durfte, da sie geheimen Charakter hatte. Frankreich habe auf sechs englische Divisionen und auf die Mitwirkung der Belgier gerechnet.

Was Joffre vor der parlamentarischen Untersuchungskommission in Paris ausgesagt hat, ist an sich nicht neu. Trotzdem die Befindungen außerordentlich wertvoll, da sie sozulegen am liebsten bekämpfen, daß der Einmarsch der deutschen Armee in Belgien mit der von Deutschland-Hollweg abgegebenen Erklärung, „wenn dem Unrecht“, das man deutschseits Belgien antue, nicht das Bedingte zu schaffen hat und das andererseits dieser Einmarsch nicht den Anlaß zur Teilnahme Englands am Krieg abgeben habe kann. Ganz im Gegenteil stand auf Grund der zwischen Paris und London abgeschlossenen geheimen Militärkonvention der Einmarsch Englands, an einem europäischen Krieg teilzunehmen, unter allen Umständen fest.

Aus dem Paradiese.

Wie es in Ungarn ausseht.

Mit Pauken und Trompeten ist vor kurzem der Sowjet (das Räteparlament) im Budapestener Volkstheater eröffnet worden. Aber es war auch nur ein Theater. Während Bela Kshun, der allmächtige Mann Ungarns hohe Töne über Weltbefreiung und Völkerverbrüderung sprach, ist im Innern des Landes, namentlich in der Hauptstadt, die Not an die höchste gekommen. Wiener Zeitungen berichten darüber:

Die Landwirtschaft, das Rückgrat des Landes, liegt völlig darnieder. Die Felder werden nur zum Teil mit Saat, weil der Grundbesitzer die Entweignung der Ernte dementsprechend ist die Not in den Industriezentren auf die höchste gestiegen. Selbst für die wohnsinnigsten Preise erhält man nur wenig Lebensmittel. Es sind kein Gemüse, kein Fleisch, kein Fett. Das einzige, was noch zu haben ist, ist Mehl. Die Budapestener essen Mehlzuppe des Morgens, zum Mittag und abends. Man muß draußen auf dem Lande noch etwas aufreiben, wenn man überhaupt etwas bekommt (was selbst bei den geringen Preisen, zahlen: für ein Pfund Fleisch 62 Kr., ein Ei 5 Kronen, ein Huhn 170 Kronen. Immerhin ist jähbarer wird auch der Mangel an Kartoffeln und Zucker. In der Industrie sieht es gleich jämmerlich aus. Die Arbeiter arbeiten 6, mitunter auch 7 Stunden, wenn man sie arbeiten nennt. Mit dem Ergebnis, daß die Produktion überall um 30 bis 55 Prozent zurückgegangen ist. Jeder Großbetrieb zahlt monatlich Millionen drauf. Da bei dem Rohstoffmangel viele Betriebe still stehen, die Inhaber aber gezwungen sind, ihren Arbeitern die hohen Löhne weiter zu bezahlen, so kann man sich den Umfang der Pleiten klar machen. Nur ein Prozent der Arbeiter arbeitet stramm weiter: die Notenpresse. Es gibt Geld genug, nur Wert hat es nicht. Auf dem Räteparlament hat der Volkskommissar Warga einige Quellen des Systems bloßgelegt. Er sagte: Wir haben noch allzu viele unbrauchbare Leute in der Verwaltung. Das sind die vielen Ignoranten, die über alles klug sind, aber nichts wissen und noch weniger leisten (Stürmische Unterbrechungen). Befreit euch vor allem von diesen Leuten, es sind Läuse und Müttel der Revolution!

Die Berichte sagen genug. Alle sind sich einig über die Unhaltbarkeit der Zustände in Ungarn. Bela Kshun und sein Regime wäre auch längst schon verschwunden, wenn nicht die Entente durch ihre Gewaltpolitik das magyarische Volk dem Bolschewismus in die Arme treiben würde.

„Man deutete politische Ideen und schön klingende Worte für Gesetze und Taten. Mit Worten und Ideen trogen die Franzosen sich selbst und glaubten, alles sei fertig als das unendliche Böse der Revolution mit den Finnen ihrer Hoffnungen und Verfassungsträume begrub. Die Hungria sich selbst verschlang, bis es im Würgen erstarb. Die besseren Köpfe, die edleren Herzen waren zerstückt. Elende Anschläge aller Parteien war übrig, ein mittelalterliches Schlachtfeld, das weder zu begeistern noch zu herrschen wußte.“

(Straß Maria Arndt über die französische Revolution)

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 10. Juli 1919.

Zu 11. Juli: Sonnenaufgang 3.51, Sonnenuntergang 8.18, Mondaufgang 6.54, Monduntergang 2.9.

Wetter:

Ziemlich kühl, veränderlich, trübe, öfter Regenfälle, frische Nordwestwinde.

Bei einer Erörterung über die Verhältnisse der Beschäftigung der Landarbeiter erzählt die „Pommersche Tagespost“ in ihrem Leitartikel in Nummer 181 folgenden interessanten Vorfall aus Köslin:

In Köslin beraten die Arbeitgeber, wie im Interesse der Volksernährung die Arbeitsverhältnisse vermieden werden können. Sie bekommen ganz unerwartet Besuch! Ein Herr, der vorzigt, ein Reg.-Rat Grimm aus dem Landwirtschaftsministerium zu sein, und ein anderer, der sich als Krim.-Kommissar v. Berg vorstellt, erklären, beauftragt zu sein, in der „Arbeitslosen-Versammlung“ nach „Gewehren“ zu suchen. Sie finden natürlich keine und machen sich an die Durchsicht der Papiere des Vorsitzenden, um daraus vielleicht die Gegenrevolution zu beweisen zu können. Auf Grund welcher Bestimmungen diese Tätigkeitsausübung wurde, ist den Betroffenen noch heute nicht klar!

„Johannisfeuer“ von Sudermann ging am Mittwoch Abend als 2. Gastspiel der Vereinigung erster Danziger Stadttheater-Mitglieder vor ausverkauftem Hause hier in Szene. Das bekannte Schauspiel verfehlte seine Wirkung nicht, zumal die Darsteller mit gutem Erfolge bemüht waren, die einzelnen Gestalten stramm und eindrucksvoll herauszuarbeiten. Das Stück, ein Werk mit stark naturalistischen Zügen, dessen Charaktere einen scharfen Beobachter des Menschenlebens verraten, ist gerade um deswillen besonders beliebt, weil auf engem Raum in ihm sich zwei Lebensanschauungen begegnen, zwischen denen eine Kluft besteht, über die keine Brücke führt. Vogelknecht, der ostpreussische Bursche, ein Starbopf vom alten Schrot und Korn, Hartwig, ebenfalls ein harter Mensch mit zähem Willen, doch innerlich gespalten, und dazwischen Heimchen, die sehnsuchtsvoll den Halbpunkt ihres Lebens jugend, aber nicht findende Kinderseele, in der von ihrer Mutter her noch ein Funken niedriger Instinkte schlummert, — das sind die Hauptfiguren, die sich hier zu einem einheitlichen Ganzen verbinden. Die Herren Klawer und Neuhaus zeichnen die beiden Männer mit scharfem Griff, Erla Fels, die wir neulich auf anderem Gebiete vorteilhaft kennen lernten, ließ es an Ansätzen zur Charakterdeutung nicht fehlen; zum Lezten, zum Leben eines Menschen dieses Schlages, nicht nur zum Spielen, fehlt es aber augenscheinlich an den natürlichen Grundlagen. Das naive Kind Trude war bei Melly Theissen bestens aufgehoben; der Hilfsprediger Haste, eine Figur, in die der Dichter seine ganze unersöhnliche Haltung zur „geistlichen“ Richtung hineingelegt hat, blieb auch für Gustav Nord eine problematische Gestalt.

An dem Jugend- und Frauenwettturnen des Janower Turnvereins am Sonntag, dem 13. Juli, werden auch von Kösliner Turnvereine eine Anzahl Turner und Turnerinnen teilnehmen. Der Janower Verein feiert sein Stiftungsfest und hat aus diesem Anlaß die Vereine der Nachbarstädte eingeladen. Für die Turner ist ein Fünfstampf (100 Meter Lauf, Hochsprung, Weilsprung, Kugelstoßen, Freileistung) und für die Turnerinnen Vierkampf (50 Meter Lauf, Weithochsprung, Kugelstoßen, Freileistung) vorgesehen. Außerdem werden Eisbohlenlauf, Tanzziehen und Spiele abgehalten. Der Reingewinn des Festes ist für eine Gedentafel für die im Felde gefallenen Janower Turner bestimmt.

In großen Massen tritt in diesem Jahre ein Käfer auf, der im Volksmunde den Namen „Julikäfer“ führt. Der Käfer ähnelt dem Mollkäfer, ist auch braun gefärbt, aber kleiner als dieser. An den letzten schönen Abenden summt der Käfer in so großen Scharen auf dem Turn- und Spielplatz an der Moritzstraße umher, daß es eine Belästigung für die dort Abendend war.

Zu den hier umlaufenden Gerüchten über die Verlegung des Danziger Generalkommandos nach Köslin wird uns von zufälliger Seite mitgeteilt, daß der Ort noch nicht feststeht, nach dem das G.-K. des 17. Armee-Korps verlegt wird. Es ist aber mehr wie unwahrscheinlich, daß Köslin dieser Ort ist.

Die Neuregelung der Gemeindesteuern. Die Minister des Innern und der Finanzen haben zur Ausführung des Gesetzes über die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919, wonach die Gemeinden die Steuer für Einkommen bis 3500 Mark ermäßigen und für Einkommen über 6500 Mark mit erhöhten Zuschlägen bedenden können, Bestimmungen erlassen, die unter anderem auch bemerkenswerte Fingerzeige für die in Aussicht genommene allgemeine Neuregelung der Gemeindesteuern enthalten. Es heißt darin unter anderem: Die Entlastung der unteren Einkommen bezieht sich nur auf natürliche Personen, während die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen sowohl auf natürliche wie juristische Personen Anwendung findet. In der Durchführung des Kinderprivilegs wie in der Anwendung des Beamtenprivilegs wird nichts geändert. Die Gemeindesteuerschläge bleiben nach wie vor gleichmäßig. Weder bei der Entlastung der niederen Einkommen noch bei der stärkeren Belastung der höheren Einkommen braucht die Gemeinde bis zu der äußersten, im Gesetz vorgesehene Grenze zu gehen. Insbesondere kann sie auch bei den Einkommen über 6500 Mark die unteren Stufen nur mit einem geringeren Teil, die höheren mit einem stärkeren Teil oder mit dem vollen Betrage der im Gesetz vom 8. Juli 1916 vorgesehene Heranziehung. Sollte infolge der neuen Tarifbestimmung bei den höheren Einkommen ein über den Ausfall bei den niederen Einkommen hinausgehendes Mehr des Prinzipals erzielt werden, so würden die Gemeindesteuerschläge entpre-

gend niedriger zu bemessen sein. Die Neuregelung erfolgt durch bloßen Gemeindebeschluss, der an sich der staatlichen Genehmigung nicht bedarf. Bei der Ausführung des Gesetzes soll den Gemeinden auch insofern mögliche Freiheit belassen werden, als sie sowohl für das ganze Steuerjahr, wie mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nur für den Rest des Jahres von dem Recht der anderweitigen Regelung auf Grund des neuen Gesetzes Gebrauch machen können. Andererseits können die Gemeinden aber auch, wenn eine Veranlagung bereits stattgefunden haben sollte, eine die alte Veranlagung berichtigende, bis zum 1. April 1919 rückwirkende Neuveranlagung vornehmen.

Neue Bestimmungen über das Waffentragen in der Reichswehr und in der alten Armee. Die Seitenwaffe ist stets zu tragen; während des Dienstes und auf dem Wege zum und vom Dienst, sowie im Felde. Im übrigen ist das Anlegen der Seitenwaffe freigestellt. Schusswaffen (Revolver, Pistolen) dürfen von den nicht zum Wachtienst befristeten Militärpersonen nur auf besonderen Befehl des Truppen-Kommandeurs aus dienstlichem Anlaß getragen werden. Lassen die Verhältnisse besondere Maßnahmen für einzelne Standorte angezeigt erscheinen, so haben die Generalkommandos Anordnungen zu treffen, daß in bestimmten Stadtteilen und Außenbezirken oder im ganzen Standorte (nötigenfalls auch die Schusswaffe) stets oder vorübergehend während eines festzusetzenden Zeitraumes anzulegen oder keine Waffe zu tragen ist.

Ein Wäsche-diebstahl wurde bei B. in der Danzigerstraße verübt. Das Dienstmädchen hatte in beträchtlichem Umfang Wäsche stücke angeeignet. Die bei der Mutter des Mädchens vorgenommene Hausdurchsicht förderte 4 Bekläfen, 6 Hemden, 2 Handtücher, 2 Kinderschürzen, 1 Unterteile und Bekleid, 2 Kinderhosen zu Tage. Es fehlen bisher noch verschiedene Wäschestücke.

Ermittelt wurde der Täter, der in der Nacht vom Montag auf Dienstag in die Wagenremise des Kaufmanns Liden eingebrochen und die Rückwand aus dem Verdeck eines Landauers herausgeschnitten und außerdem das Tambour gerammt hat. Es handelt sich um einen Zimmermann K. aus der Papenstrasse.

Kolberg. Streik in Kolberg. Alle Arbeitnehmer, die dem Brauereiarbeiter- und Transportarbeiterverband angehören, haben wegen Lohnforderungen heute einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Firma Oswald Kroener Nachf. G. m. b. H.; Ing. Eduard Scholtz u. Co. haben durch Verhandlung mit der Organisations-Bezirksleitung sich geeinigt. Andere Firmen haben sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten.

Stettin. Sportfest. Am Sonntag, dem 13. Juli, veranstaltet die Sportabteilung des Stettiner Turnvereins (Korporation) ein nationales Sportfest, an dem 18 Vereine mit 120 Mitgliedern teilnehmen.

Blas-Rundflüge über den Rügenischen Ostseebädern hat die Luftfahrzeug-Gesellschaft in Stralsund vorige Woche unter reger Beteiligung der schon recht zahlreich anwesenden Badegäste aufgenommen. Die Wasserflugzeuge landeten je nach Wunsch in Scharnis, Binz, Sellin oder Göhren.

Aus den Nachbarprovinzen.

Danzig. Englische Besatzung in Danzig. Am Dienstag traf ein englischer General in Begleitung von zwei Offizieren hier ein, um die Verhandlungen mit den hiesigen Regierungs- und militärischen Stellen über die Räumung des abzutretenden Gebietes zu beginnen. Ferner sollen sie, wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“ hören, die Unterbringung einer englischen Besatzung in Danzig vorbereiten. Die englischen Offiziere statten bereits dem General-Kommando einen Antrittsbesuch ab. Mit dem Eintreffen dieser Kommission dürfte wohl eine in Danzig vielbesprochene Frage entschieden sein.

Eine sofortige Räumung Danzigs kommt noch nicht in Frage. Es werden, wie das auch im Westen der Fall gewesen ist, Räumungszone vereinbart werden. Die hiesigen militärischen Stellen rechnen noch mit einer Tätigkeit von verschiedenen Wochen, wenn nicht Monaten in Danzig.

Volkswirtschaft

Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 1. bis 7. Juli 1919.

Zur Lage der amerikanischen Getreidemärkte.

Die Firma Clement, Curtis u. Co. in Newyork veröffentlicht eine Schätzung der amerikanischen Weizenerte, wonach der Ertrag an Weizen auf 1197 Mill. Bush. veranschlagt wird. Das ist zwar um 39 Mill. Bush. weniger als Anfang Juni von amtlicher Seite in Aussicht gestellt wurde, aber auch diese reduzierte Schätzung übertrifft nach wie vor die Hoffnung auf bisher unerreichte Exportleistungen. Hinsichtlich der Weizenerte dürfte der in wenigen Tagen fällige Monatsbericht des Washingtoner Ackerbau-Büros keine Überraschung bringen. Mehr Interesse dürften diesmal dagegen die Angaben über die Aussichten der Weizenerte erwecken. Es war anzunehmen, daß der Anbau dieser Frucht angesichts der hohen Preise, die nicht nur für alte Ware, sondern auch für Lieferung neuer Ernte in Geltung sind, eine bedeutende Zunahme erfahren würde. Das scheint indes nicht der Fall zu sein. Der von Clement, Curtis und Co. auf 2688 Mill. Bush. geschätzte Ertrag läßt jedenfalls nicht auf eine sonderliche Ausdehnung der Anbaufläche schließen. Ein Vergleich dieser Schätzung mit den Ernten der letzten fünf Jahre zeigt, daß man es diesmal mit einer Durchschnittsernte zu tun hat, die bei der großen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Mastanstalten in der Hauptsache im eigenen Lande verbraucht werden dürfte.

Während auf stärkere Weizenzufuhren aus den Vereinigten Staaten sonach kaum gerechnet werden darf, verfügt Argentinien über bedeutende Vorräte, für deren Abtransport es zunächst allerdings an dem erforderlichen Schiffsräum fehlt. Nach einer Schätzung des Board of Trade

Journal sollen am La Plata nicht weniger als acht Millionen Tonnen Weizen alter und neuer Ernte für Exportzwecke in Frage kommen. Die Verladungen halten sich bisher noch in mäßigen Grenzen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden an Weizen, Mais, Hafer und Weinfamen zusammen nur 693 000 Tonnen verschifft. Die Frachttarife für freie neutrale Schiffe vom La Plata bewegen sich zwischen 260 und 275 Sh. gegenüber 12 bis 18 Sh. vor dem Kriege. — In Kanada rechnet man bei günstigen Wetterverhältnissen mit einem Erntertrag von ungefähr 400 Mill. Bush. gegen 200 Millionen im Vorjahre.

Die nordischen Reiche als Warenspeicher.

Wir berichteten, daß einige dänische Häfen, zum Beispiel Kopenhagen, nicht mehr imstande sind, die amerikanischen Warenzufuhren aufzunehmen. Amerikas Ueberseehandel hat aber nicht allein mit Dänemark, sondern auch, wie uns aus Stockholm geschrieben wird, mit Schweden allen Verkehr wieder aufgenommen, und auch in schwedischen Häfen stockt die Böschung der aus Amerika kommenden Ueberseewaren. Diese ungeheuren Aufspeicherungen von Lebensmitteln in den nordischen Ländern und in Holland werden der Regulator des mitteleuropäischen und somit auch des deutschen Wirtschaftslebens werden. In Göttingen (Schweden) ist, wie uns unser h-Mitarbeiter berichtet, im dortigen Hafen die Ueberfüllung von schwedischen und Auslandschiffen derart, daß Duzende von Schiffen nicht entladen werden können, es muß, wie beim „Butterstechen“, alles der Reihe nach löschen. Oft liegen über hundert Handelsschiffe im Göttinger Hafen.

Bevor sich die deutsche Schifffahrt und der deutsche Ueberseehandel wieder befestigt, und das kann nur durch intensive Arbeitsbetätigung und durch Wiederaufnahme des hundertjährigen traditionellen Verkehrs mit dem Auslande geschehen, muß Deutschland zumeist aus den reichen Vorratsquellen des Nordens schöpfen.

Ferngasversorgung.

Die fortwährenden Stockungen in der Zuführung der Kohle haben in den Städten auch große Schwierigkeiten in der Gasversorgung hervorgerufen, die sich ihren Bewohnern in Gasperistunden, gelegentlich auch in völligem Verlegen der Gasleitung empfindlich bemerkbar machten. Besser waren die Städte daran, die eine Ferngasversorgung hatten: sie wurden schon während des Krieges von diesen Unzuträglichkeiten weniger berührt. Welche große wirtschaftliche Bedeutung die Entwicklung der Fernversorgung mit Gas hat, wird im letzten Heft der „Naturwissenschaften“ durch einige Zahlen belegt.

In Amerika wurden schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Hochdruck-Ferngasleitungen gebaut, durch die das den Erdölfeldern entströmende Naturgas nach weit entfernten Orten geleitet wird. Chicago erhält sein Gas zum Beispiel von den Koksöfelfeldern in einer 200 Kilometer langen Doppel-Leitung aus Stahlrohren. In Europa wurde die erste Fernversorgung für Steinkohlengas in St. Margareten in der Schweiz gebaut. In Deutschland sind in den letzten Jahren, namentlich in Rheinland-Westfalen, über 40 Ferngasleitungen zur Fortleitung von Koksöfengas nach den benachbarten Städten gebaut worden. Die Stadt Barmen bezieht seit 1910 ihr Gas mittels einer 50 Kilometer langen Fernleitung von der Zeche „Deutscher Kaiser“.

Ihren Beispiel folgend haben etwa 70 Städte die eigenen Gaswerke stillgelegt und beziehen Ferngas; im Jahre 1916-17 wurden diesen von 23 Kokerien etwa 187,5 Millionen Kubikmeter Gas geliefert. Die Erzeugung von Leuchtgas auf den rheinisch-westfälischen Becken hat eine entsprechende sprunghafte Zunahme, von 1,37 Millionen Kubikmeter im Jahre 1903 auf 150,3 Millionen Kubikmeter im Jahre 1914 erfahren. Die beliefernten Städte haben dabei wesentliche finanzielle Vorteile erzielt, so daß mit einer weiteren Ausbreitung der Gasfernversorgung zu rechnen ist; durch den billigen Preis des Koksereignisses wird zudem die Zunahme des Gasverbrauches begünstigt.

Die Verteilung der Zementherzeugung an die Verbraucher. Wie im Deutschen Zementband mitgeteilt wurde, ist es möglich gewesen, im Monat Mai trotz der schlechten Kohlenbelieferung von nur 80 Prozent des Kontingents die als verdammtmäßig angenommene Zementmenge von etwa 150 000 Tonnen zum Versand zu bringen. Allerdings mußten dabei die fast völlig erschöpften Klinker- und Zementvorräte zu Hilfe genommen werden. Der Verteilungsplan für die einzelnen Verbrauchsgebiete hat dabei jedoch Verschlebung erfahren; so hat man der Gruppe Kleinwohnungsabba fast die doppelte Menge Zement mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit zugewiesen. Für den Juli wurden etwas über 818 000 Tonnen insgesamt angefordert, doch macht die außerordentlich mangelnde Kohlenbelieferung diese Ziffer von vornherein illusorisch. Angesichts der gänzlich ungenügenden Kohlenlieferungen, die um so mehr ins Gewicht fallen, als die Beschaffenheit der Kohle stark nachgelassen hat, wird nur mit einer Erzeugung von 100 000 Tonnen Zement gerechnet. Der Bergbau soll auf Wunsch des Reichskohlenkommissars eine Sonderverteilung von 6000 Tonnen erhalten. Ungerechnet dieser Sonderverteilung ergibt sich dann folgender Verteilungsplan: Klasse 1: Bergbau 9000 Tonnen, Kleinwohnungsabba 33 000 Tonnen, Wasserbauten 9000 Tonnen, Eisenbahnen 900 Tonnen, Klasse 2: sonstige Staatsbauten 2000 Tonnen, Provinzial- und Kommunalbauten 4000 Tonnen, Industriebauten 9000 Tonnen, Zementwarenfabriken 10 000 Tonnen, Kleinhandel 15 000 Tonnen. Die erste Dringlichkeitsklasse wird, wie bisher, mit 60 Prozent, die zweite mit 40 Prozent der tatsächlich vorhandenen Zementmenge beliefert. In der nächsten Zementverteilungsplanung für August soll gemäß einem Vorschlag die Landwirtschaft an ein besonderes Gebiet im Verteilungsplan berücksichtigt werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptschriftleiter Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Gisholz; für den Anzeigenteil: Hans Reigebund. Druck und Verlag: Fürstentümer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Rechnungen
in verschiedenen Größen,
Quittungen
Mitteilungen
Post-Ausflebe-
und
Begleit-Adressen
/ in Blocks /
liefert
die Geschäftsstelle der
„Fürstentümer Zeitung“
A.-G.
Köslin, Bergstraße 26.

Arbeitsmarkt.
Suche einen verheirateten
Arbeiter
der mit Pferden umzugehen versteht und etwas von Landwirtschaft kennt.
Tiede, Wilhelmstr. 4.
Gesucht zum 1. Oktober eine erfahrene, zuverlässige
Wirtin
für nicht großen Haushalt.
Frau von Blauenburg, Strachmin bei Trizow, Bez. Köslin.
Hausmädchen
und
Küchenmädchen
sucht Frau von Schach, Amalienhof bei Hohenselde, Kr. Köslin.

Grundstücks- und Geldverkehr.
Grundstück
(im Kreis Köslin gelegen)
mit über 40 Morgen Weizenboden, für 70 000 M. bei 35-40 000 M. Anzahlung zu verkaufen.
Vahl, Markt 22,
Eingang Rosmarinstraße.
Telefon 574.
Schöne Wirtschaft
im Kreise Köslin, beste Gebäude, elektrisch Licht, preisw. verk. Anzahlung 60-70 000 Mark, entspr. dem Inventarwert.
Reg.-Sekr. a. D. Carl Schulz.
Schönes Wohnhaus
mit Garten zu verkaufen. Näheres bei Ernst Wolt, Röhrentorstr. 45.

Jah suche zum sofortigen Abschluß ein
Gut
von 300 bis 1000 Morgen, mit gutem Boden, Inventar, guten Gebäuden, gute Lage zur Bahn, vor allem
gute Jagd
bitte direkte Angebote, da ich gleich beschaffen will.
Kuibat, Danzig, Hundegasse 94.
Tiermarkt.
Habe
Ferkel
abzugeben.
A. Ramlow, Sorenbohm.
Hühnerhund
sucht zu kaufen Wilhelm Maas, Hentzenhagen.

2 Pferde,
2 Ponys und
25 Absahferkel
verkauf
Dom. Tessin A
bei Albelz.
Wohnungen, Zimmer.
Sätekens zum 1. Oktober in gutem Hause
4 Zimmer-Wohnung
gekauft, mit allem Zubehör.
Herricht, Hauptschriftleiter, Bergstraße 26.

An- und Verkäufe.
Gebrauchter
Pony-Einspanner-
wagen
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an
Eplittgerber, Leutnant, Coentim bei Wandhagen.
Starten
Ackerwagen
verkauft
Max Arndt, Grabdenkmalfabrik.
Eine gebrauchte, gut erhaltene
Kinderbettstelle
mit Messingteilchen verkauft preiswert
Carl Kienow.

Bekanntmachung.

Infolge des dauernd bestehenden Zementmangels ist zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Versorgung des Bauwesens, insbesondere für den Kleinwohnungsbau, vom Reichskommissar für das Wohnungswesen eine Verteilung der z. Zt. für den Monat zur Verfügung stehenden Gesamtmenge an Zement in der Weise vorgenommen worden, daß für den Kleinwohnungsbau 37 500 t für Staatsbauten 5 400 t für Provinzial- und Kommunalbauten 6 600 t für Industriebauten 13 200 t zur Verfügung gestellt werden können.

Für die oben aufgeführten Bauklassen sollen von denjenigen Stellen, in deren Hand die Ziegelbewirtschaftung liegt - z. B. dem Bezirkswohnungskommissar in Stettin - Dringlichkeitscheine für die Zementbelieferung auf Antrag ausgestellt werden, die bei Bestellung von Zement dem Zementbund - Zementzentrale in Stettin, Bollwerk 4-5 - welche mit der Verteilung des Zements an die Verbraucher beauftragt ist, vorzulegen sind. Die Scheine verlieren ihre Gültigkeit zwei Monate nach dem Ausstellungstage. Ist die Lieferung innerhalb dieser Zeit ohne Verschulden des Verbrauchers nicht erfolgt, so kann gegen Vorlage des ungültigen Scheines ohne Weiteres die Ausstellung einer neuen Dringlichkeitsbescheinigung erfolgen, sofern der in Frage stehende Bau noch weiterhin dringlich sein sollte. Der Schein gibt wie jeder Bescheinigung noch keine Gewähr auf Lieferung der Ware.

Die Verteilung des Kalks für Bauzwecke erfolgt nach genau den gleichen Grundsätzen durch den deutschen Kalkbund - Kalkvereinigung, Stettin, Breitestraße 13 - an welcher Bestellungen unter Beifügung einer Dringlichkeitsbescheinigung zu richten sind.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung: von Runowski.

Bekanntliche

Der Magistrat.

Röslin, den 9. Juli 1919.

Kehrgebührenordnung für den Kreis Röslin.

Die Kehrlohnrate für die Bezirkschornsteinfeger im Kreise Röslin wird unter Aufhebung der bisher gültigen Sätze auf Grund des § 77 der Reichsgemeindeordnung (in der Fassung vom 26. Juli 1900 - R.G.Bl. S. 874) wie folgt festgelegt:

Es sind zu entrichten:

A. In der Stadt Röslin:

- | | |
|--|------|
| Für die einmalige Reinigung | |
| 1. eines bestiegbaren Schornsteins für das erste Stodwert M. | -.60 |
| für jedes weitere Stodwert | -.30 |
| 2. eines bestiegbaren gewerblich benutzten Schornsteins (in Bädereien, Schmieden u. | 1.- |
| für jedes weitere Stodwert | -.50 |
| 3. eines bestiegbaren Nebenschornsteins (Schlund) für jedes Stodwert | -.30 |
| 4. eines russischen Schornsteins in ein- und zweiflüchtigen Gebäuden für das erste Stodwert | -.35 |
| für jedes weitere Stodwert | -.10 |
| 5. eines russischen Schornsteins in mehrflüchtigen Gebäuden für das erste Stodwert | -.30 |
| für jedes weitere Stodwert | -.10 |
| 6. eines russischen Nebenschornsteins (Schlund) pro Stodwert | -.15 |
| 7. eines russischen gewerblich benutzten Schornsteins in Bädereien, Schmieden usw. für das erste Stodwert | -.75 |
| für jedes weitere Stodwert | -.25 |
| 8. Keller- und Bodengeschosse werden nur berechnet für diejenigen Schornsteine, an welche in diesen Stodwerten Feuerungen angeschlossen sind. Bodengeschosse über 3 m Höhe und hoch über Dach geführte Schornsteine werden für je 3 m Höhe als Stodwert gerechnet. | |
| 9. für das Ausbrennen von Schornsteinen sind pro Arbeitskraft und -Stunde zu zahlen | 3.- |
| Brennmaterial hat der Hauseigentümer zu liefern, ebenso hat er die etwa nötige Hilfeleistung der Feuerwehr zu bezahlen. | |
| 10. für Hilfeleistungen gemäß § 43 des Ministerialerlasses vom 31. Oktober 1917 sind zu zahlen pro Arbeitskraft und -Stunde | 3.- |
| 11. Die Preise für die Reinigung aller übrigen Feuerungsanlagen unterliegen der freien Vereinbarung. | |
| 12. In Streitfällen über die Höhe der zu zahlenden Kehrlohn- und -Gebühren entscheidet eine Sachverständigen-Kommission der Innung unter Vorsitz eines bau-sachverständigen Beamten der Anstellungsbehörde. | |

B. Auf dem platten Lande:

- | | |
|--|------|
| Für die einmalige Reinigung | |
| 1. eines bestiegbaren Schornsteins für das erste Stodwert M. | -.75 |
| für jedes weitere Stodwert | -.25 |
| 2. eines sogenannten Kübels (ganz weiler Bauernschornstein) | 1.- |
| 3. eines bestiegbaren gewerblich benutzten Schornsteins (in Bädereien, Schmieden usw.) für das erste Stodwert | 1.- |
| für jedes weitere Stodwert | -.50 |
| 4. eines bestiegbaren Nebenschornsteins (Schlund) pro Stodwert | -.25 |
| 5. eines russischen Schornsteins für das erste Stodwert | -.35 |
| für jedes weitere Stodwert | -.15 |
| 6. eines gewerblich benutzten russischen Schornsteins (in Bädereien, Schmieden usw.) für das erste Stodwert | -.75 |
| für jedes weitere Stodwert | -.25 |
| 7. eines russischen Nebenschornsteins (Schlund) für jedes Stodwert | -.20 |
| 8. einer gewöhnlichen Kochmaschine kleinen Umfangs | -.25 |
| 9. eines Waschtischzuges oder Badesofens | -.25 |
| 10. stehender Rauchabzugsrohre für das erste Meter | -.15 |
| für jedes weitere Meter | -.10 |
| 11. für die Reinigung der Schornsteine in mehr als 1000 m von geschlossenen Ortschaften liegenden Gehöften, sogenannten Ausbauten, sind außer den tarifmäßigen Gebühren entsprechende Wegegelder zu zahlen, auch ist die etwa nötige Bahnfahrt zu vergüten. | |
| 12. Keller-Bodengeschosse werden nur berechnet für diejenigen Schornsteine, an welche in diesen Stodwerten Feuerungen angeschlossen sind. Bodengeschosse über 3 m Höhe und hoch über Dach geführte Schornsteine werden für je 3 m Höhe als Stodwert gerechnet. | |
| 13. für das Ausbrennen von Schornsteinen sind pro Arbeitskraft und -Stunde zu zahlen | 3.- |
| Brennmaterial hat der Hauseigentümer zu liefern, ebenso hat er die etwa nötige Hilfeleistung der Feuerwehr zu bezahlen. | |
| 14. Für Hilfeleistungen gemäß § 43 des Ministerialerlasses vom 31. Oktober 1917 sind zu zahlen pro Arbeitskraft und -Stunde | 3.- |
| 15. Die Preise für die Reinigung aller übrigen Feuerungsanlagen unterliegen der freien Vereinbarung. | |
| 16. In Streitfällen über die Höhe der zu zahlenden Kehrlohn- und -Gebühren entscheidet eine Sachverständigen-Kommission der Innung unter Vorsitz eines bau-sachverständigen Beamten der Anstellungsbehörde. | |

Die Lage tritt mit dem 1. Juli ds. Js. in Kraft.

Vorstehendes ist von den Ortsbehörden sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Röslin, den 28. Juni 1919.

Der Landrat.

von Eisenhart-Roske.

Bekanntliche.

Röslin, den 3. Juli 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Dr. Busch.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber werden auf die Verordnung vom 16. 3. 19 zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft hingewiesen, nach welcher Landarbeiter, die vor bzw. während des Krieges in der Landwirtschaft tätig gewesen sind, nur in landwirtschaftlichen Betrieben wieder beschäftigt werden dürfen.

Zwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 3000 Mark bestraft.

Der Magistrat.

Am Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr in den Rösliher

Angestellten-Versammlung.

Herr Architekt R. Langner spricht über:

„Wohnungsnot und Angestellten-Heimstätten“.

Das Erscheinen aller kaufmännischen, technischen und Büro-Angestellten ist wegen der Wichtigkeit des Themas unbedingt erforderlich. Gäste sind willkommen.

Beitrittsbedingungen zu der Angestellten-Heimstätten-Gesellschaft können in der Versammlung und vorher in der Geschäftsstelle der Fürstentümer Zeitung A.-G., Bergstraße 26, abgegeben werden.

Verein weibl. kaufmännischer Angestellte.

Dankbeamtenverein. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verein. Kaufmännischer Verein von 1858, Hamburg. Verein Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig. Bund technischer Angestellten und Beamten. Werkmeisterverband. Verein der deutschen Kaufleute.

In der Nacht vom 6. zum 7. sind hier auf der Weide gestohlen worden:

ein dreijähr. Fohlen

(Oldenburgischer Wallach, Schwarzbraun, ohne Abzeichen),

ein sofort auf der Weide geschlachteter

zweijähriger Ochse.

500 Mark Belohnung

wer mir das Pferd wiederbringt, oder die Täter nachweist, sodas ich sie gerichtlich belangen kann.

von Gerlach-Parow,
Parow bei Rastow.

Gebrannter

Kaffee

„frisch geröstet“

per Pfund 24 Mark.

Franz Bewersdorff.

Neu erschienen

„Unter Gottes gewaltiger Hand“

Predigt über 1. Petr 5 und 6 am allgemeinen Landestrauertag nach Friedensschluß am Sonntag, dem 6. Juli 1919, gehalten von Superintendent Lic. Meyer.

Preis 30 Pfg.

Zu beziehen von der

Fürstentümer Zeitung, A.-G., Bergstr. 26, sowie in den Buchhandlungen von A. Hoffmann, Markt 18, und R. Ludwig, Bergstr. 24.

Bekanntmachung.

Die Räumung des Mühlendammes findet nicht in der Zeit vom 14. bis 18. ds. Mts., sondern erst in der Zeit vom 21. bis einschl. 25. d. Mts. statt. Die Absperrung des Wassers erfolgt bereits am 19. abends.

Röslin, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat.

Zu der am 15. und 16. stattfindenden Ziehung der Preuß. Lotterie habe ich

Lose

in verschiedenen Abschnitten noch abzugeben.

Schrader,

Lotterie-Einnehmer.

Ich bin an das Fernsprechnetz

unter

Nr. 591

angeschlossen.

Carl Riewe,

Klempnermeister,

Kleine Baustraße 13.

Interessante Bücher Bergschiffe gratis und franco. Aflavetlag München 23/116.

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend, den 12. Juli, werde ich von vorm. 9 Uhr ab Eisenstraße 17, 1 St.

1 Kleiderspind, 1 Vertikow, 1 Spiegelspind, 1 Waschtislette, 1 Korbstuhl, 1 Teppich, 1 Koffer, 1 Gardinen, Bettstelle mit Matr., Bett- und Tischwäsche, div. Haus- und Küchengerät öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Besichtigung nur von 8 Uhr ab.

Ewald Beihl, vereid. Auktionator u. Taxator, Mühlentorstr. 11.

Bleichsoda

Schnellweiß

ausprobiert gutes Wasch- u. Bleichpulver, empfiehlt

G. Moutoux, Bergstr. 4.

Tanzklub Veltner.

Heute Donnerstag von 8 Uhr an noch einmal Tanzstunde.

G. Piron.

Geschlecht und Liebe mit 10 Ab-

bildungsstufen nur 3 M. 25.

Anton Stüber, Gärtow i. M. 41.

Kammer- Lichtspiele.

Freitag bis Montag, den 14. Juli 1919. Beginn pünktlich 7/8 Uhr. Kassenöffnung 1/8 Uhr. Alle Plätze sind numeriert.

Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

Großer indischer Liebesroman in 6 Akten und einem Vorspiel von Marie Dorop.

Hauptrollen: Sunar Tolnds und Lilly Jacobson.

Ein verliebter Kacker.

Prachtvolles Lustspiel in 3 Akten mit der leider zu früh verstorbenen Künstlerin Dorrit Weisler.

Sonntag nachmittag von 4-6 Uhr für Kinder, für Erwachsene von 6-8 und 8-10 Uhr.

Lüdtke's Theatersaal.

Gastspiel der Vereinigung erster Danziger Stadttheatermitglieder.

Sonnabend, den 12. Juli 1919, nachmittags 5 Uhr:

„Der gefesselte Kater“.

Märchenstück in 4 Aufzügen.

Abends 8 Uhr letzte Vorstellung:

„Alt-Heidelberg“.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster.

Preise der Plätze im Vorverkauf bei Otto Grünthal, am Markt: Loge und Sperrsitze M. 4.35, 1. Platz M. 3.15, 2. Platz M. 2.00. Schüler 1.50. In der Abendkasse 25 Pfg. Zuschlag. - Für die Nachmittags-Kinderdarstellung: Loge und Sperrsitze M. 1.15, 1. Platz M. 0.55. Alle Preise inklusive der städtischen Kartensteuer.

Die Vereinigung „Junge Leute“ Meyringen u. Umgegend

veranstaltet am Sonntag, dem 13. d. Mts., in dem Saale des Herrn Marx-Schwerinthal ein

Großes Tanzvergnügen.

Blas- und Streichmusik ausgeführt von Mitgliedern der Militärkapelle Inf.-Regt. 49.

Gäste herzlich willkommen. Anfang 4 Uhr.

Habe einige größere Posten

1a Kernseife

per kg. 18.- Mk.

abzugeben. Bestellungen bitte per Draht an

Hans Singer, Kolonialwarengroßhandlung, Trier, Neustr. 64.

Echt Schweizer

Kakao „Caillers“

in ganz hervorragender Qualität,

offertiert in großen Mengen

Franz Bewersdorff.

Kammerlichtspiele.

2-3 bessere Herren zur Verstärkung eines guten Regelklubs am Mittwoch abend können beitreten. Zu melden bei Geschäftsf. Seidel.

Eine schw. Lederhandtasche

mit Inhalt, Geld und Schlüssel, im Zuge Kolberg-Röslin liegen gelassen. Gegen Belohnung abzugeben bei

G. Klabunde, Rordeshagen.

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde.

Freitag abend Gottesdienst 7.30 Uhr.

Rösliner

Beranstaltungen.

Donnerstag, den 10. Juli. Kongressverein nachm. 6 Uhr Hauptversammlung bei Lüdtke.

Landwehrverein abends 8 Uhr Generalsversammlung bei Zels, Bergstraße.

Gewerkschaft der Heimarbeitern abends 8 Uhr Monatsversammlung bei Zels, Bergstraße.

Café Pohlitz abds. 8 Uhr Kongress-Schwimmklub „Poseidon“ abends 8 Uhr außerord. Hauptversammlung bei Zels, Bergstraße.

Stenographen-Verein abends 8 Uhr Monatsversammlung in der Rösliner Festhalle.

Kleiderschrank, Klein. Format, mit größerem

zu vertauschen oder zu taufen gesucht. Neustadtstr. 5.